

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 30 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metall-arbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 44/45

Duisburg, Ende November 1923

24. Jahrgang

## Wirtschaftslage und Arbeiterschaft

Wenn nicht alles täuscht, scheinen wir den Boden der Wirtschaftskrise erreicht zu haben. Was an wirtschaftlichen Schwierigkeiten über ein Volk kommen kann, Stillstand der Produktion, große Arbeitslosigkeit, geringe Kaufkraft innerhalb der breiten arbeitenden Massen, Rückgang unserer Handelsbilanz, Verzerrung weitester Kreise, das deutsche Volk hat mehr darin erlitten, als irgend ein Volk, das den Weltkrieg mitemgeführt hat, Rußland ausgenommen. Wir werden nicht von heute auf morgen von diesen fast unerträglichsten Lasten loskommen, aber es besteht die begründete Hoffnung, daß mit dem Ingangkommen der Betriebe und einer stabilen Währung wieder ein Weg gegeben ist, der — wenn auch schwierig und steil, doch nach oben führt. Nichts wäre verfechter und auch für die Arbeiterschaft gefährlicher, als wenn sie sich einer pessimistischen Stimmung willenlos übergeben ließe, dazu liegt trotz allem keine Veranlassung vor. Über sie muß sich auch bemüht sein, daß die wirtschaftliche Lage nach wie vor ernst ist, daß jedoch der Ernst der Lage sich in dem Maße auch für die arbeitenden Kräfte vermindert, je mehr und je billiger Produkte auf den Markt kommen.

Wir befinden uns in einem latenten Zustande der Produktions- und Absatzkrise, und wenn es auch manchmal schien, als ob ein neuer Markt, der ja bekanntlich immer als Balutaexportiererin wirkte, die Krise hinwegspülen könnte, sie blieb bestehen. Wir waren in den letzten Monaten soweit gekommen, daß wir infolge der Verhältnisse wirtschaftlich erstmal mehr verdrachten als neue Werte schafften. Mit zu dieser Produktions- und Absatzkrise beigetragen, ist entscheidend für sie war der Fehler, der mit der Goldmark- oder Index-Preispolitik und dem willkürlichen Festsetzen des Preises oft bis 200 Prozent über den Friedensfuß emacht wurde. Es ist heute keine Frage mehr, daß in dem letzten dreiviertel Jahr die sogenannte Berechnung der Warenpreise auf Gold- oder Indexbasis unserer Wirtschaft mit dem Gedeihen zusammenhing. Jede vernünftige Vorherberechnung der Produktionskosten und der Gewinne ist durch dieses System unmöglich gemacht worden. Die Preise der meisten Produkte liegen über dem Weltmarktpreis. Ein solcher Zustand mußte Warenmangel und Preissteigerung bringen. Das daraus mit Notwendigkeit eine Konsumtionskrise allergrößten Stills folgen und damit die Unmöglichkeit für die breiten Schichten des arbeitenden Volkes, überhaupt nur noch die notwendigsten Lebensmittel kaufen zu können. Eintreten mußte, ist die bedauerlichste und wirtschaftlich und kulturell verhängnisvolle Folge.

Die Produktions- und Konsumtionskrise kann im wesentlichen nur behoben werden durch vermehrte und verbilligte Produktion. Diese Aufgabe ist nicht so einfach als selbstverständlich, aber es ist auch leichter gesagt, als getan. Wir dürfen nicht verneinen, daß die Kommerz der deutschen Volkswirtschaft, Verkehrseinheit, Kollektivität und Führungseinheit zu versagen beginnen oder infolge der Ruhraktion schon durchbrochen sind. Die Verkehrseinheit ist zerrissen durch die Zerschlagung des Ruhrgebietes, die Kollektivität besteht zwar formell noch, aber sie ist infolge des Preisverfalles und der Wertbeständigkeitskrise faktisch fast annulliert. Die Führungseinheit wird durch den Zwang der Eisenbahnen und auch durch die zahlreichen Papier- oder Goldnoten immer mehr ausgehöhlet.

Dieses alles, welche also glauben, eine vermehrte Produktion sei hauptsächlich nur auf dem Wege einer längeren Arbeitszeit herauszuholen, sind wirtschaftlich einseitig orientiert. Solange die Gold- und Indexpolitik, die sich um ein Weltliches über den Friedensfuß hält, andauert, wird auch eine zehn- und zwölfwündige Arbeitszeit keine Verbilligung der Produktion bringen. Genau so wichtig wie die ursprüngliche Krise ist die der verhängnisvollen Preispolitik der Kartelle und Syndikate, die dem deutschen Wirtschaftsleben das Multiplikatorsystem aufzwang, die Frage der besseren Organisation und Technik der Betriebe und der Umstellung vieler deutschen Wirtschaftskräfte von der Spekulation zur Produktion. Wenn wir als Arbeiter die Notwendigkeiten der Wirtschaft einsehen und unsere Anteilnahmen daraus ziehen wollen, dann muß das gleiche unter allen Umständen auch von den übrigen wirtschaftlichen Ständen verlangt werden.

Von höchster Bedeutung für das Knauchbringen der Industrie sind die seit einigen Wochen gepflogenen Verhandlungen der Industrie- und Arbeiterführer mit dem Reich und den französischen Behörden, die über die Wirtschaftsregeln des besetzten Gebietes zu befinden haben. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß die Bedingungen, die an die Industrie des besetzten Gebietes, vor allem an die Montanindustrie gestellt werden, eine sehr schwere Last darstellen, deren Wirkung sich im ganzen Wirtschaftsleben wieder spiegeln wird. Die Lieferungen an Kohlen und Koks und Nebenprodukten sind sehr bedeutend, und es wird großer Anstrengung der Arbeiterschaft und größter Opferwilligkeit der gesamten Wirtschaft bedürfen, um eine wirtschaftliche Balance zu halten. Die wichtigsten Punkte des am 23. November 1923 zwischen dem Reich und den deutschen Bergbauvertretern geschlossenen Abkommens lauten:

1. Die durch die deutschen Besetzten vertretenen Bergwerksbetriebe werden als rückständige Steuer vom 1. Januar bis 1. November die Summe von 15 Millionen Dollars, d. h. 279 Millionen französische Francs, zum Tageskurs bezahlen.
2. Sie werden in Zukunft 10 Francs per verkaufte Tonne zahlen.
3. Sie werden an die Entente gratis 18 Prozent der Netto-Produktion abliefern.
4. Die am 1. Oktober im Ruhrgebiet bestehenden Stöcke verbleiben den Verbündeten als Eigentum.
5. Die Bestimmungen über die Ausfuhrerlaubnis bleiben bestehen. Ueber die vorhandenen Erzeugnisse der Stahl- und Eisenindustrie kann nur nach Abgabe der rückständigen Steuer verfügt werden und die Exportmenge darf die im Jahre 1922 exportierte Menge nicht übersteigen.
6. Die Lieferungen der chemischen Kohlen-Erzeugnisse, Ammoniak, Benzol, Teer usw. werden durch ein spezielles Abkommen bestimmt werden.

Dem Abkommen sind noch einige spezielle Bestimmungen über die Qualität der für die Reparationen zu liefernden Kohlen und über die vorgeesehenen Strafmaßnahmen im Falle von den Vertragsbestimmungen nicht übereinstimmenden Lieferungen.

So sehr wir die Schwierigkeiten und die Gewalt der Forderungen nicht verkennen, durch den Abschluß der Verhandlungen beginnen die Räder im rheinisch-westfälischen Industriegebiet endlich wieder zu laufen und wir dürfen hoffen, daß das Wirtschaftsleben trotz der auf ihm lastenden Verpflichtungen in der Lage sein wird, der arbeitenden Bevölkerung endlich wieder einen geregelten Lohn zu geben und das Existenzminimum zu sichern, was sie so lange hat entbehren müssen. Daß aber gerade um diese Fragen erneut das schärfste Ringen einsetzt, daß die Industrie verstanden wird, an den Löhnen anzusetzen zu sparen, weiß jeder organisierte Kollege. Und der Gleichgültige oder Nichtorganisierte wird es schon sehr bald erfahren. Der Bestand der Organisation ist heute die Lebensfrage für die Arbeiterrechte. Wir wollen zur Wirtschaftslage unsere Forderungen noch einmal zusammenfassen:

I. Außenwirtschaftlich: Unsere Stellungnahme ist bekannt in bezug auf die Wirtschaftsbedingungen, die im Friedensvertrag uns auferlegt sind.

II. Innenwirtschaftlich: 1. Revision der Geldmark- und Kartellpreispolitik. Bei bescheidenem Nutzen erhöhter Umsatz. 2. Steigerung der Produktion in der Industrie und wirtschaftlichere und sparsamere Betriebsführung der staatlichen Unternehmungen, Anstalten und Verwaltung, sowie der Kommunen. Behebung des Leerlaufes. 3. Verbesserung der Arbeitsleistung und der Organisation der Betriebe. 4. Möglichst schnelle Einführung eines auskömmlichen Lohnes in Geldwährung. 5. Bessere Bezahlung der Qualitätsarbeiter der gelehrten Arbeiter. 6. Das Existenzminimum auch für den Hilfsarbeiter. 7. Steigerung der eigenen Lebensmittelerzeugung. 8. Das Arbeitsdienstpflichtgesetz für alle Jungmänner für staatswirtschaftliche Zwecke (Straßenbau, Kolkau usw.). 9. Staat Arbeitslosenunterstützung produktive Beschäftigung im Leistungslohn.

## Die Neuordnung der Löhne

Der fast völlige Verfall der Papiermark und noch mehr die Belagerung hoher Goldgrundpreise für alle Waren bedingen naturgemäß auch eine Veränderung der Löhne. Die Maßnahmen, die seit Monaten getroffen waren, um die Arbeitslöhne wertbeständiger zu gestalten, waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Statt zu den erhöhten wertbeständigen Löhnen zu kommen, kamen wir in den Monaten Oktober und November zu den wertunbeständigen Löhnen. Auch das Beginnen, die Löhne wohl in wertbeständigen Zahlungsmitteln zu errechnen, aber ganz oder zum Teil in Papiermark auszuzahlen, hat momentan in ersterer Falle völlig Schiffbruch gelitten. Hier spielt der schwankende Kurs des Geldes eine verhängnisvolle Rolle und selbst, wenn zu einem guten Kurs das Geld ausbezahlt wurde, war es im Handumdrehen wieder völlig entwertet. Sofort mit dem Einsetzen wertbeständiger Zahlungsmittel legten sich deshalb die Gewerkschaften dafür ein nachdem sie auch deren Schließung schon länger verlangt und begründet hatten, daß diese sofort für die Auslösung der Arbeiterschaft verwandt werden müßten. In der Bewirtlichung dieser Aufgabe befinden wir uns und ist ihrer Lösung unsere ganze Aufmerksamkeit und Kraft zu widmen.

Ausschlaggebend ist zunächst die Höhe der neuen Gold- oder wertbeständigen Löhne. Von dem geringen Goldmarkwert der Papiermarklöhne der letzten Zeit darf dabei nicht ausgegangen werden, denn dann können wir vom Regen in die Traufe. Wo Arbeitgeber ein solches Beginnen belächeln, ist es abzulehnen. Auch wird grundsätzlich nicht von den Friedenslöhnen ausgegangen werden können, denn in fast allen Ländern der Welt sind heute die Preise verhältnismäßig höher als in der Vorkriegszeit. Bei uns in Deutschland stehen jedoch Goldmarkpreise oft 100 bis 400 Prozent höher als vor dem Kriege. Höhere indirekte und direkte Steuern, größere Aufwendungen infolge des Wohnungsmangels, der Verkehrsunkosten usw. belasten zudem den Arbeiter heute mehr als früher. Bei der Festsetzung der Lohnhöhe mußte deshalb von einer Grundlage die über der Wertbeständigkeit der Vorkriegszeit liegen, ausgegangen werden. Aber wenn schon der sozialistische Reichs- und Staatskommissar Meißner (Dortmund), dem die Schließung gewerblicher Betriebe des Westens obliegt, in der Presse schreibt: „Darauf sind wir aber weit entfernt“ und wenn man sich die ersten Gehversuche um in Gold- oder wertbeständigen Löhnen zuzukommen, ansetzt, dann scheint eher das Gegenteil der Fall zu werden. Hier wird noch manches nachgeholt werden müssen! Da wird sich zeigen, daß zwar die Zahlung der Löhne in wertbeständigen Papieren dem Arbeiter eine viel größere Sicherheit zum Leben gibt als die Hände voll Billionen, aber daß auch ein Ringen um jeden einzelnen Goldpfennig wieder einsetzt wird, das den Kollegen die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung zwingend vor Augen führt.

Die Form der neuen Gold- oder wertbeständigen Löhne, ihre Zusammenrechnung, Errechnung und Auszahlung ist natürlich noch sehr verschiedenartig. Allgemein vorkommt sie sich nach wie vor durch Tarifverträge und Gewerkschaften. Schwierigkeiten bereitet jedoch oft der Mangel an solchen Zahlungsmitteln, ihre Verfiendbarkeit und die Umrechnungsmethoden nach einem einheitlichen ausgleichenden Kurs. Solche Zahlungsmittel sind: Dalkardharneilungen, Goldanleihe, Rentenmark, wertbeständige Gelder der Industrie, Krantzen oder Länder und Devisen, d. h. ausländische Zahlungsmittel. Aber diese Schwierigkeiten sind mit in den Kauf zu nehmen. Unsere Mitglieder die mit ihren Lohnrechnungen in die Fiktion und darüber hinausziehen müsten, werden jetzt diesbezüglich sich umfassen müssen. Jeder das was schon auf diesem Gebiete gefahren ist liegen einige Verträge über Entlohnungsmodus und Zahlungsmitel vor, die wir unseren Mitgliedern nicht vorenthalten wollen.

Für die Metallindustrie der Reichsstadt Danzig wurden zuerst am 17. 10. d. J. die Stundenlöhne in Goldpfennig vereinbart. Die Goldpfennige werden mit Goldschecks, die von der Metallindustrie auszugeben werden, bezahlt. Die Goldschecks sind auf Dollarkurs angesetzt, d. h. 420 Mark Goldscheck ist der Wert eines Dollars. Anzwischen ist in Danzig allgemein eine neue Guldenwährung eingeführt worden.

Im Bereich des Verbandes der Niederschlesischen Metallindustriellen wurden Stundenlöhne in Goldpfennigen vereinbart. Die Auszahlung erfolgt

nur in dem wertbeständigen Geld, was von der Provinz herausgegeben wird.

In der Württembergischen Metallindustrie sind am 20. 10. vor dem Schlichtungsausschuss die Stundenlöhne ebenfalls in Goldpfennig vereinbart worden. 60 Prozent dieser Löhne sollen in Goldnoten der württembergischen Industrie ausgezahlt werden. In einer weiteren Verhandlung vom 13. 11. konnte sowohl die beabsichtigte Erhöhung dieser Löhne, als auch die volle wertbeständige Auszahlung noch nicht erreicht werden, wohl aber wurde erzielt, daß 57-60 Prozent der Auszahlungssumme in Goldnoten ausgelöst wird.

Für die pfälzische Metallindustrie wurde am 12. 11. ebenfalls ein Lohnabkommen getroffen mit Goldlöhnen. Die vereinbarten Löhne sind in Devisen bzw. in Lebensmitteln zu zahlen. Für Firmen welche noch in Papiermark zu zahlen gezwungen sind, gilt als Umrechnungsfaktor das Mittel zwischen dem amtlichen Berliner und dem Freiverkehrskurs in Neustadt, wie sie am Tage vor der Auszahlung 12 Uhr mittags zwischen Verband und Gewerkschaft festgestellt werden können. Als Freiverkehrskurs gilt das Mittel zwischen dem jeweiligen An- und Verkaufskurs und 20 Prozent. Wird in französischen Franken gezahlt, so gilt eine Goldmark = 4 Franken, solange der Wert des U. S. A. -Dollars zwischen 16 und 18 Franken beträgt.

In Aachen wurde am 17. November durch den Schlichtungsausschuss für den Handwerker in der Metallindustrie ein Lohn ebenfalls in Goldpfennig festgesetzt. Die Auszahlung erfolgt völlig wertbeständig. Zum Teil in Devisen.

Dieses sind gewiß erfreuliche Anfänge zur Neuordnung der Löhne. Zu beachten ist jedoch dabei, daß es die ersten Gehversuche sind und daß diese neuen Zahlungsmittel knapp sind. Im Rheinland bestreiten sie zurzeit überhaupt noch nicht! Diese Löhne treffen ferner zum Teil für Gebiete zu, wo sie schon immer niedrig standen und wo ihre gewerkschaftliche Beeinflussung durch die Unvollständigkeit weiter Arbeitertreue sehr viel zu wünschen übrig ließ. Außerdem wurden solche Abmachungen bei den Verhandlungen ausdrücklich als Kartellzweck behandelt um die Industrien überhaupt wieder in Fluß zu bringen. Davon abgesehen sind es jedoch beachtliche Ansätze um überhaupt wieder zu Löhnen zu kommen, mit denen manigstens etwas anzufangen ist. Diese Versuche sind nunmehr allerwärts weiter zu setzen und zu verbessern um zu einer mehr befriedigenden Neuordnung der Löhne zu kommen. Voraussetzung dazu ist die Stärkung unseres Verbandes und die tatkräftigste Mitarbeit in ihm! Hierbei darf kein unserer Mitglieder verlagen!

## Zur Frage der Arbeitszeit

„Hungern oder arbeiten!“ Dieser Ruf erklang seit etwa zwei Monaten im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet und darüber hinaus Wohl noch nie hat sich Deutschland in einer solchen Periode der Arbeitslosigkeit begeben! Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind zum großen Teil auf die außerpolitischen Verhältnisse zurückzuführen. Nur auch unpolitische innerpolitische Verhältnisse haben mit dazu beigetragen. Egoistische Maßnahmen weiterer Wirtschaftskreise in Handel und Gewerbe mit ihrem Multiplikatorstypus haben ein großes Durcheinander hervorgerufen. Die sozialistische Partei zieht sich zurück und will die Verantwortung für die Notwendigkeit der Stunde (Arbeitszeitgesetz) ablehnen, um Stimpffreiheit zu bekommen und einen „Sündenbock“ zu suchen, auf dem man die Radikalen loslegen kann. Das Unternehmertum wandte sich in der Stunde der Not vom „Bruder“ Arbeiter ab und hielt den Augenblick für günstig, um rücksichtslos und ohne sich um Gesetz und Arbeiterrecht zu kümmern, die Arbeitszeit der Vorkriegsjahre durchzuführen. Der Zehnerverband machte ohne weiteres den ersten Anschlag nach dieser Richtung, ohne jedoch dadurch sein Ziel erreichen zu können. Die Eisenindustrie folgte zwar vorsichtig, aber immerhin prompt. Nachdem man aber in diesen Kreisen eingesehen hatte, daß bei Verhandlungen mit den Beschäftigten die Belastungen gefordert wurden, die ohne intensive Mitarbeit der Arbeiter fast bzw. der Gewerkschaften gar nicht durchzuführen waren, verlor die Industrie nunmehr auf dem Wege der Verhandlung mit den Gewerkschaften eine andere Arbeitszeit festzusetzen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie (Nordwestgruppe) trat am 7. November 1923 erstmalig zusammen, um über die Arbeitszeitfrage zu verhandeln. Die Unternehmer forderten die Aufhebung des Dreifachsystems und Wiedereröffnung der Doppelarbeit. Um die sich ergebenden überschüssigen Arbeitskräfte unterzubringen, soll die Arbeitsmöglichkeit im unbesetzten Gebiet durch Urbarmachung von Ödland vermehrt werden. Zur Erreichung dieses Ziels sei der Abbau der Arbeitslosenunterstützung dringend zu fordern.

Von den Gewerkschaftsvertretern wurden erhebliche Bedenken gegen die Forderungen der Unternehmer vorgebracht. Die Verletzung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes verweigert die Arbeiterschaft in den Zehnerbeizüber zu sein. Wir sind der Industrie folgen, müße zunächst unsere Organisation dazu Stellung nehmen. Nach Aufhebung unserer Vertreter sei die Angelegenheit von den Unternehmern von Januar an vorbereitet worden, indem man die Arbeiter in der Metallindustrie zunächst durch Hunger geistig zu machen wolle, um dann um leichter die schnelländige Arbeitszeit einzuführen zu können. Ähnliches wäre es doch, zuerst die Voraussetzungen zur Aufnahme der erhöhten Produktion zu schaffen, indem eine erhöhte Förderung der Kohlen geschaffen werde; denn geschieht dort nichts, dann heißt die Gefahr, daß wir in der Metallindustrie eine längere Arbeitszeit haben aber keine Kohlen, um die Geburten der Produktion durchzuführen. Auch wäre es notwendig, mit dieser Frage gleichzeitig die Goldlohnzahlung zu regeln; denn da mußte vor allen Dingen verhandelt werden, daß die Arbeiterschaft bei den heranziehenden Weissen nicht völlig ins Hintertreffen gerate. Daher sei vorher festzustellen, wie sich die übrigen Glieder der Wirtschaft, Handel, Verkehr und sonstige Gewerbe zu der Frage der Arbeitszeit stellen. Das Ergebnis der

darauf festgefundenen Sonderbedingungen war nachfolgende Erklärung, welche von den Arbeitervertretern einstimmig gutgeheißen und den Unternehmern unterbreitet wurde:

Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft nahmen den Vorschlag der Arbeitgebervertreter Stellung. Die Begründung für die zeitweilige Beibehaltung des Achtstundentages war nicht ausreichend und hat uns nicht überzeugt. Einmaliges Material über den Stand der Werke und das Verhandlungsergebnis mit der Meinung muß uns zur Verfügung gestellt werden, um so eine Prüfung zu ermöglichen. Bemeist die Überprüfungen, daß die Betriebe nur erfüllt werden können und das Wirtschaftswesen nur in Gang gesetzt werden kann, wenn die Produktion vermehrt wird, dann sind die Vertreter der Arbeitnehmer bereit, mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Industrie einen gemeinsamen Weg zu suchen, um aus der Krise heraus zu kommen. Bis zur Zusammenstellung des Materials seitens der Arbeitgeber werden die Arbeitnehmer Gehaltsrückstände nehmen, die Sache mit Ihren Möglichkeiten zu besprechen.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der achtstündigen Arbeitszeit. Um jedoch die Wirtschaft schnellstens in Gang zu bringen, stehen wir nicht an, zu erklären, daß bis zur Einführung des Arbeitszeitgesetzes vorübergehend notwendige Ausnahmen gestattet werden können. Der Beschäftigung des Dreifachsystems in den Hütten und Feuerbetrieben können wir unsere Zustimmung nicht geben. Eine Mitarbeit zur beschleunigten Behebung der Arbeitszeit in den übrigen Betrieben lehnen wir nicht ab, verlangen jedoch, daß gleichzeitig auch die Gehaltsrückstände geregelt werden.

Die Unternehmer nahmen von dieser Erklärung Kenntnis. Sie versprochen, das Material über die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen und versicherten darauf, daß die Industrie zur Inbetriebnahme der Werke 8-10 Wochen benötigen. Für diese Zeit sei es ausgeschlossen, daß die Einnahmen die Ausgaben decken würden. Die Industrie müsse erhebliche Kredite aufnehmen, diese könnten jedoch nur einmal genommen werden. Wenn die Arbeiter nicht den Forderungen der Industrie nachgeben würden, und die gewaltigen Opfer der Industrie vergeblich geblieben wären, müßte die Industrie zugrunde gehen und mit ihr die Arbeiterschaft.

Weiter machten sie den Vorschlag mit den Vertretern des Bergbauwesens unter Hinzuziehung der Arbeitervertreter die Frage der Arbeitszeit erneut zu besprechen.

Zu einer gemeinsamen Aussprache mit dem Bergbau ist es bisher nicht gekommen. Wohl haben Verhandlungen des Zeichenverbandes und der zuständigen Arbeiterorganisationen des Bergbauwesens, welche ergebnislos verlaufen sind, stattgefunden.

Am Freitag, dem 18. November, anlässlich der üblichen Lohnverhandlung, schritten die Unternehmer die Arbeitgeberfrage erneut an und lieferten für die Rohstoffindustrie der längeren Arbeitszeit einschlägiges Material. Unsererseits wurde nochmals die tarifliche Grundlage ausgeführt. Weiter gingen die Unternehmer an die praktische Lösung dieser Frage nicht heran.

Die freien Gewerkschaften nahmen nach den Zeitungsberichten am 15. November zur Frage der Arbeitszeit Stellung. Zu einer klaren Stellung ist es dort nicht gekommen. Aus dem vom Leiter der Konferenz zusammengestellten Ergebnis ist ein Satz beachtenswert. Dieser lautet:

Die Gewerkschaften sind nicht bereit, in der Frage des Achtstundentages Zugeständnisse über das Maß der wirtschaftlichen Notwendigkeit hinaus zu machen, weil dazu keine Ermächtigung vorliegt.

Aus diesem Satz kann man immerhin entnehmen, daß die freien Gewerkschaften bereit sind, über die Frage zu verhandeln, soweit die wirtschaftlichen Notwendigkeiten es erfordern. Wenn man den Willen dazu hat, warum spricht man es dann nicht klipp und klar aus? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es gefährlich und unverantwortlich ist, in der Zeit härtester Not die hungernden Arbeiter sich selbst zu überlassen, denn in dieser Situation können die organisierten Arbeiter verlangen, daß eine eindeutige Sprache geführt wird. Geschieht dieses nicht, dann tritt die freien Gewerkschaften die Schuld, wenn die Arbeiter willenlose Sklaven der Unternehmer werden.

**Bekanntmachungen**

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1924 ist erschienen. Preis voraussichtlich 50 Grosch. Bestellungen auf das Jahrbuch sind an die Zentrale unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Stapeltor Nr. 17 zu richten.

**Wirtschaftsbilder aus deutscher Vergangenheit.**

**Die Wirtschaft unter Karl dem Großen (768-814).**  
Von E. Heyd.

Systematische und mit reichlichen Kräften, als es der Einzelne konnte hat der Großgrundbesitzer gehalten, gerodet, entwickelt und dadurch zahlreiche Anbindungen jüngerer Ursprungs ermöglicht. Auch den inneren Kulturgewinn durch geordnete, gemeinsame Arbeit in großen Ställen durch Berufsleistung wird man nicht gering anerkennen. Die Herrngüter lehrten dängen, lehrten Sommer- und Winterfrucht unterscheiden, bürgerlichen die Dreifelderwirtschaft mit Abwechslung von Winter-, Sommer- und Brachfeld ein. Man darf den Termin für das feierliche Aufkommen der Dreifelderwirtschaft in die Zeit Karls des Großen setzen. Durch die Grundherrschaft kamen ferner Wassermühlen zu weitaus Verbreitung als bisher. Sie trüb geordnete Fortschritt, laute Kraft und Jiegelöfen, sorgte für Wege, Brücken und Fährten. Von ihr ging wie eben die Arbeitsteilung, ein annäherndes deutsches Gewerbe aus, da ein Teil der Güterleute mit der Verarbeitung der Rohmaterialien ständig beschäftigt wurden. Und wieder ist es Kaiser Karl, der auch auf diesem Gebiet der große Reformator gewesen ist. Sein Kapitular „de villis“ hat die Krugtüter zu Mutterwirtschaften gemacht, und deren Verwaltung bis ins Kleinste geordnet.

Die Fürsorge Karls erstreckt sich auch auf die Gartenpflege. Aus den vorkriegsgehenden Perioden fragt man von solcher Art und Maß bescheiden das das früher Bauerntum es darin schon an irgend etwas Menschenwertem gebracht hat. Karl die eingewanderten Mönche hatten schon vor Karl ihre Klostergärten gepflegt und mancherlei Kulturpflanzen über die Alpen geholt. Das Wort Garten an sich ist viel älter als seine ursprüngliche Bedeutung, es bezeichnet zunächst „Einfriedigung“ überhaupt. In Karls Verordnung treten Biergärten und Zierpflanzen zurück, obwohl sie anderweitig wissen, das der Kaiser Blumen liebte. Das Kapitular will eben die Kultur und die Ökonomie der Hof regeln. Daher handelt es sich um Ränge und Tafel, Apzet und Gewerbe-Zweide.

Die Angaben der Volksrechte lassen bei Vieh-

**Wie steht's um den Verband?**

Zeitgemäß und doch — gut! Hoffungsvoll korax, Warum keine Streiks? Kollegen behaupten! Es herrscht gewerkschaftsfeindliche Stimmung. Jeder Speiser und Whilster macht die Gewerkschaften und besonders den Gewerkschafts „bongen“ verantwortlich für das viele Elend. In einer Erwerbslosenversammlung zu Duisburg bringt sogar ein Nachbarbeiter fertig zu legen die Gewerkschafts „bongen“ haben die Arbeitslosigkeit verschuldet. Hirtvorbrannter Unstern findet glauben wohl — die Dummen nie alle werden.

Und doch! Viele, diese haben geschickt und schaffen tagtäglich wie die Mannschaft eines Schiffes, das in schwerer See schwimmt. 25-30.000 Vertriebenen, Vorstandsmitglieder, Betriebsräte und Funktionäre aller Art greifen Woche um Woche neue Karten, Marken die von Woche zu Woche in sprunghafter Weise aufgewertet werden müssen. Wöchentliche Einkassierung und wöchentliche schnelle Abführung der Beiträge ist vielen Kollegen zu selbstverständlicher, gewohnter Arbeit geworden.

Ist die Gewerkschaftstruppe opferwillig? Mehrere Untersuchungsarten wurden auftritt geübt — keine Stimme hat sich erhoben. Viele Stimmen werden hingegen laut, die fordern, daß Krankenunterstützung usw. nie wieder eingeführt werden darf.

Weiter: Zahlreiche völlig erwerbslose Mitglieder zahlen den vollen Wochenbeitrag, trotzdem die Unterstützung kaum für Brot und Salz reicht.

Die ehrenamtliche Tätigkeit kommt im Verbandesleben mehr denn je zur Geltung.

Der alte Gewerkschaftsleiter, der im christlichen Metallarbeiter-Verband immer einen guten Boden hatte, heute — in der Umgang mit der Verhältnisse — zeigt er sich bei dem Gros der Vertrauensleute im schönsten Lichte. Wie von vielen Ortsverwaltungen berichtet wird, sagen die Kollegen bis in die spästen Abendstunden zur Ausschichtarbeit mit auf den Buten und unterliegen die freigestellten Kollegen, weil ja die Hilfskräfte abgebaut werden müßten. Über das auch Allgemeinut des Verbandes werden darf sich nicht auf einen Teil Ortsverwaltungen beschränken. Jetzt in der Not zeigt sich der echte Gewerkschaftler und Vertrauensmann kein, Kollegen, die Speise- und Phosphörer, die mit heimlicher Freude die Gewerkschaftsbewegung in Not sehen, sie treten sich gang gewaltig. Viele Kreise haben es gerne, wenn die Arbeiterschaft gewerkschaftsmüde würde und in Vorzugs-gleichgültigkeit zurück fällt. Die intensive Arbeit unserer Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und Kollegen ist die beste Antwort darauf.

Eine wirtschaftliche Stimmung und ein Niedergang kann auch die Gewerkschaftsbewegung treffen, aber eine Gewerkschaftsbewegung ohne wirtschaftlich machen und zeitlich um keine wirtschaftlich schlechte Konjunktur, das können nur die Mitglieder allein. Heute leuchtet es auch dem letzten dr. enden Kollegen ein, daß die Arbeiterschaft nur so stark und leistungsfähig ist, wie die Gewerkschaftsbewegung stark und leistungsfähig dürfte. Und daß die Kollegen unserer christlichen Metallarbeiterverbandes das einträgt, dafür ist der beste Beweis die Regelung der Beitragsszahlung in den Gebieten, wo die Kollegen bereits in Forderung ausgeführt worden.

Die Finanzfrage ist von je die Achillesferse der Gewerkschaftsbewegung gewesen. In den letzten fünf Jahren ist manches darin beobachtet worden zum Schaden der Arbeiterschaft selbst. Damit wollen unsere Kollegen aufklären. In einer Reihe von Bezirken sind die Löhne in wirtschaftlichen Zahlungsmitteln ausgezahlt worden. Unsere Kollegen hatten es für eine Selbstverständlichkeit, daß dann auch die Beiträge wertbeständig abgeliefert werden. Die Beiträge werden in Goldpfennigen gezahlt. Als Beiträge wurden in verschiedenen Gebieten festgelegt: 1. Klasse 85; 2. Klasse 65; 3. Klasse 45; 4. Klasse 25; 5. Klasse 10 Goldpfennige. Die Kollegen stehen auf dem Standpunkt: „Ohne Rücksicht auf Gegner und Wohlbedachte in den eigenen Reihen werden die Verbandsbeiträge von vornherein so festgelegt, daß sie einem 1/4fachen Stundenslohn (nicht Tariflohn) entsprechen.“ Ähnlich lautende Beschlüsse, die z. T. hohe Ertragsbeiträge betreffen, sind im Saargebiet, Bremen und anderen Orten gefaßt worden. Solche Beschlüsse sind nur in einem Verbande möglich, dessen Mitglieder von der Notwendigkeit ihrer Organisation überzeugt sind und die wissen, was auf dem Spiele steht. Notwendig ist also:

1. Die Erhebung wirklich zeitgemäßer Beiträge. In der Zeit härtester Not kommt die Arbeiterschaft mit der alten Formel ein Stundenlohn als Wochenlohn nicht aus. Es muß mehr geliehen, um den Verband als Sachverwalter der Metallarbeitervinteressen kampffähig zu halten.
2. Wo wertbeständige Löhne gezahlt werden, müssen auch die Beiträge in wertbeständigem Geld erhoben werden. Dieses Geld ist für den Verband genau so notwendig wie für den einzelnen auch. Eine Beitragsszahlung

besteht nicht aus einem Geld, sondern aus dem, was man mit dem Geld kaufen kann. Dies ist die Wirtschaft. Wo man nicht kaufen kann, ist das Geld wertlos. Die Wirtschaft ist der Schlüssel zur Freiheit. In der Zeit der Not, wenn das Geld nicht mehr reicht, muss man sich auf andere Weise helfen. Die Wirtschaft ist der Schlüssel zur Freiheit.

Bemüht sich der Bauer schon aus eigenem Interesse der Pflege des Gartenbaues usw. so hatte auf den grundherrlichen Höfen und gar auf den Mutterwirtschaften Karls des Großen auch dies alles einen stattlichen Zuschnitt. Auf letzteren gab es z. B. schon Enten, Hühner, Kalben, Lämmer und Ferkelzucht. Auf großen Hofgütern schloß das Hofgut eine ganze Anzahl von Gebäuden ab. z. B. fische, wo die Kränen und Bräuhäuser, wohnen und sonst arbeiteten, dazu Bachhaus, Brauhaus, Brunnenhaus, Pflanzhaus usw. Das Ganze ging über das Wesen und Aussehen eines modernen reichen Gutshofes hinaus, da es mancherlei mit umschloß, was keinem in die Städte verlegt worden ist. Dahin gehören eine Anzahl Werkstätten, wenn so verordnete Karl, jeder Amtmann sollte auf dem Hofgut einen Schmiedeeisen-, Gold- und Silberschmied, Schuster, Dreher, Zimmerleute, Krämer, Ziegenzüchter, Gerber, Säulenmacher, Fäßer, Bogelzünger, Kalk-, Seifenfäßer, Brauer, Wäder, Seidenfäßer, Netzmacher, Rohlenbrenner und andere Handwerker haben. An den landwirtschaftlichen Einrichtungen in Feld und Stall, ferner an Fäden und Kränen nahmen beide Geschlechter teil: Räder, Mühlwirtschaft, Kleidermacher in allen Leiden Rädern waren auch oder weisentlich den Kränen vorbehalten, ebenso die Kränenmacher. Das ganze Tageswerk sollte nach dem Willen des großen Systemmeisters und

in Papierform in den Gegenden mit wertbeständiger Zahlungsmittel unter allen Umständen von den Vertrauensleuten abgeliefert werden.

Die Beiträge müssen auf dem schnellsten Wege an die Zentrale geleistet werden, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen kann.

Unsere Kollegen mögen sich nicht darüber im Unklaren sein, daß die kommende Zeit sehr schwer für die Arbeiterschaft und die Arbeiterrechte werden wird. Da gilt es, auf der Hut zu sein und alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Stunde erfordert. Die Verbandsstreue unserer Kollegen hat schwere Zeiten überwunden, sie wird es auch heute tun. Nur ein starker christlicher Arbeiterverband wird die Schwierigkeiten meistern können, sich ausfinden und der Metallarbeiterschaft die Stellung erhalten können, die sie verdient.

Kollegen von heute! Zeigt Euch wert der alten Veteranen der Gründungszeit und der Vorkriegszeit Ihre Treue und ihr Mut haben den Verband in schwersten Zeiten gerettet. Heute ergeht der Ruf an Euch! Schließt Euren Verband, der doch nur Ihr selbst seid, dann werdet Ihr sicher durch die Prüfungen bestehen!

**Rundblick**

**Prüfung von Zeichen-Werkstattlehrlingen.**

Beiratsfregulung des Lehrlingswesens in Bergemetalbetrieben wandte sich die Handelskammer zu Münster i. W. laut Schreiben vom 19. Oktober 1923 folgenden machen an die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau des Ruhrgebietes:

Für die Herbstprüfung laufen Gesuche um Zulassung zur Gesellenprüfung nur in sehr geringer Anzahl ein. Es ist anzunehmen, daß diese in den meisten Fällen nicht direkt den Prüfungsausschüssen zugestellt werden. Vielmehr könnte dort- selbst darauf hingewirkt werden, daß die Gesuche alle an die Handelskammer gelangen.

Wir weisen daher besonders darauf hin, daß diejenigen jungen Kollegen, die in Zeichenwerkstätten ein Handwerk erlernt haben und die Gesellenprüfung ablegen wollen, ihre Prüfungsgesuche nicht den einzelnen Prüfungsausschüssen, sondern direkt der zuständigen Handelskammer einzureichen haben.

Der von der Handelskammer zu Münster bestellte Mangel an Prüfungsgesuchen hat allerdings in der Hauptsache wohl eine andere Ursache, als sie laut vorstehendem Schreiben anzunehmen ist. Wir wollen die wahren Gründe einmal aufzählen:

1. Die Zeichen stellen nach wie vor fast keine Lehrlinge ein.
2. Die Zeichen schließen nur selten Lehroverträge ab.
3. Die Zeichen stellen noch bei der Arbeitskammer erledigten Bedingungen in vielen Fällen keine Lehrgelügnisse aus mit der billigen Absicht, es sei kein Lehrovertrag abgeschlossen, und die Ausbildung sei nicht von einer zur Ausbildung von Gehilfen bestimmten Person geleitet worden!

Diese wahren Gründe erhalten die traurigen Zustände des Lehrlingswesens im Ruhrbergbau. Die Handelskammer mag für Abstellung dieser Missetände sorgen.

**Versehene Früchte.**

Früher gab es in der Arbeiterschaft „Blutorangen“. Darunter verstanden wir Arbeiter, die sich in gelben Organisationsformen, in ihrem Innern aber rot waren, genau wie die Apfelsinen, die eine gelbe Schale und blutrotes Fleisch haben. Diese Arbeiter waren unter wirtschaftlichem Druck in die gelben Verbände gepreßt, obwohl sie mit der sozialistischen Arbeiterbewegung sympathisierten. Solcher Zustand war bedauerlich.

Heute haben wir eine Menge Pflanzen in der Bewegung. Das sind Menschen, die außen blutrot sich zeigen und innen ganz gelb sind, wie die aus Turkestan kommende Pflanze, katelnisch „Prunus cerasifera“. Die Blütezeit ist eine rote Schale und festes gelbes Fleisch hat. Solcher Zustand ist traurig.

So schreibt die Metallarbeiterzeitung vom 24. November 1923, die Jugendzeitungschrift des sozialistischen Metallarbeiterverbandes. So bemerkenswert diese Offenheit ist, so ist sie doch nur ein erster Beweis für die Tatsache, wie nach gelb und rot zusammensetzen liegen. Die Radikalen von heute sind die Gelben von morgen. Ja, die Gelben haben ihr eigentliches Reformvermögengebiet in den roten Domänen. Die gleichen radikalen und bald gelben Gesellen haben vernünftige und ruhige Arbeiter terrorisiert und eine gesunde Gewerkschaftsentwicklung gehemmt. Auszuschlaggebende Rolle spielen. Die Unternehmer wissen das genau und legen das in ihre Rechnung, aber die vernünftig denkende Arbeiterschaft muß es sich auch merken.

Karls eigener Pünktlichkeitsgewohnung entsprechend aufs genaueste geregelt sein, man wird dadurch geradezu an einen modernen industriellen Großbetrieb erinnert. Wenn endlich die Sonne zur Rüste gegangen war, so läutete ein Glöckchen auf dem Hauptgebäude, wo der villicus oder maior wohnte, oder ein Horn ward geblasen, und nunmehr kam alles zur Abendmahlzeit und frohen Raft aus den Werkhäusern, Ställen und Schuppen zum Vorstehen.

Den Handel darf man sich nicht zu lämmern vorstellen. Seiner wiederbeginnenden Bedeutung kam die allgemeine Fürsorge Karls des Großen für Sicherheit, Ordnung, Wohlfaßt, sowie seine vorbildlichen Maßregeln für die Produktion der Grundherrschaften zutatten. Es gab Wochen- und Jahrmärkte, erstere mehr für die allgärtlichen Bedürfnisse, letztere zum Teil mit der Bedeutung der großen neueren Messer

Dem deutschen Binnenlande fehlten, abgesehen von den „Speerbreiten“ Saumpflanzen, die Straßen nur abzuweh; nur in weiträumigen und ländlichen Gegenden waren die alten Römerstraßen, die oft mit geheimnisvollen Vorstellungen umgeben, „Seertraßen“ oder „Hochstraßen“ noch vorhanden. — Sehr rührige Geschäftsleute waren die Friesen. Bei ihnen blühte die Schafzucht, und sie verstanden sich seit alters auf das Weben. Scheren und Käben besserer Tuche. Um ihm den Gewerbesteig seines Reiches vorzuführen, landte Karl der Große an den Harun al Raschid frietische Tuche in weißer, roter, grauer und bläulicher Farbe. Die Friesen waren die einzigen rechten Schiffer. Die Deutschland damals noch hatte, übrigens so, daß auch sie an der Nordsee ihren Weg gewohnheitsmäßig durch die vielen Binnengewässer der Rüste nahmen. Ihre Hauptanfangsstücke und Raft bei Durrkede und Utrecht und Köln (Friesenwall, Friesenstraße). Die fuhren den Rhein auch aufwärts bis nach Basel und brachten dortige Produkte, u. a. einlässigen Wein, als Rückfracht heim; aber auch an der Seine und überall waren sie die wohlbetannten Kaufleute auf den Märkten. Kleinwaren aller Art waren damals noch durchs Mittelalter hindurch keineswegs billig, und dies erklärt den Wert, den sie auch im getragenen Zustand als Geschenk, Beute oder Erbschaft hatten. Ferner kamen lübeaurische Händler mit allerhand Bedarfs- und Luxuswaren nach Gallien und Deutschland. Die Perle der Welt von Karsten nach Gallien waren der Mont Cenis. Ferner der Perg des Jupiter Panninus (wo der Arabidikon Bernhard aus Afrika um 92 das Hospital errichtete nach welchem der Perg in den Großen St Bernhard umbenannt worden ist), nach Deutschland der Sephtimer und Brenner.